

Mehr Handel, mehr Wachstum, mehr Wohlstand

AK-Madagaskar der KAB Diözese Aachen bezieht Stellung zum Freihandelsabkommen, TTIP

Die Themen, die die Folie bilden für das zurzeit erarbeitete Freihandelsabkommen, stehen seit nunmehr 20 Jahren auf der Agenda einer Koalition aus internationalen Konzernen, Kapitalvertretern und Industrienationen, die eine durchgängig liberalisierte globale Handelsordnung anstreben, zivilgesellschaftliche Beteiligung ausschalten und Staaten entmachten wollen.

Es waren gerade die USA und die EU, die nicht nur heute sondern schon im Jahr 1996 bei der Singapur-Runde der gerade einmal ein Jahr alten Welthandelsorganisation, WTO, ihre Hauptgebiete festgelegt haben. Die Strophen der Freihandelshymne des heutigen Jubelchors der Deregulierer und Liberalisierer ähneln in ihren Inhalten den damaligen Forderungen dieser Koalitionen, hießen aber damals noch harmlos Singapur-Themen: Schutz der Investoren, staatliches Beschaffungswesen, Handelserleichterung durch Abbau bürokratischer Hemmnisse, Wettbewerbspolitik, Dienstleistungen ...

Die **Welthandelsorganisation, WTO** ist eine internationale Organisation mit Sitz in Genf, die sich mit der Regelung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen beschäftigt. Sie wurde am 15. April 1994 gegründet. Am 1. Januar 1995 nahm sie ihre Arbeit in Genf auf. Die WTO ist neben dem IWF und der Weltbank eine der zentralen internationalen Organisationen, die Handels- und Wirtschaftspolitik mit globaler Reichweite verhandelt.

Quelle: Wikipedia

Im Jahr 1998 scheiterte dann das von der EU und der OECD* erarbeitete MAI-Abkommen (*Multilateral Agreement on Investment*) am Widerstand Frankreichs und am Protest zahlreicher NGOs. Auch dieses Abkommen wurde im Geheimen verabredet. Das MAI enthielt bereits in neoliberal zugespitzter Form Kernpunkte der benannten Singapur-Themen: Investorenschutz und Staatshaftung, ‚unabhängige‘ Schiedsgerichte und die Forderung von abgabefreien Transfers von Gewinnen in andere Länder.

Im Jahr 2001 folgte eine weitere Verhandlungsrunde der WTO in Doha, die Entwicklungsrunde genannt wurde, hatte sie doch zum Ziel, die Entwicklungsländer auf die fortschreitende Liberalisierung der Welthandelsordnung einzuschwören. Erneut standen die Singapur-Themen auf der Agenda der WTO. In zwei bis drei Jahren sollten Vereinbarungen zu den Singapur-Themen dann in trockenen Tüchern sein.

Die USA und die Vertreter Europas erfuhren erstmalig in der WTO den Widerstand und ein nahezu geschlossenes Auftreten der Entwicklungsländer gegen die einseitige Interessenpolitik des Nordens und erhoben die Stimme bzw. die Stimmkarten gegen „mehr Handel, mehr Wachstum, mehr Wohlstand“ und benannten eigene Interessen.

Einerseits sollten die Entwicklungsländer ins Boot geholt werden, um sich der zunehmenden Liberalisierung und Deregulierung zu öffnen – andererseits waren die Industrieländer aber nicht bereit, Vorschläge der Entwicklungsländer aufzunehmen: z.B. Abbau der Subventionierung der Agrarindustrien der Industrieländer mit ihren Dumping-Produkten oder die Vorranggewährung der Ernährungssicherung der Entwicklungsländer vor Investoreninteressen und dogmatischen Wettbewerbsregeln.

Endgültig scheiterte dieser Versuch der USA und EU, ihre Handelsregeln und -interessen über die WTO zu sichern, bei einer weiteren Runde der WTO im Jahr 2003 in Cancun.

Die WTO wurde also zu einer Sackgasse, um die einseitigen Interessen der Industrieländer durchzusetzen. Das nun angestrebte Freihandelsabkommen zwischen der USA und der EU lässt auf einen

TTIP steht für „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“. Es ist ein Handelsabkommen, das die Europäische Kommission im Auftrag der Mitgliedsländer seit 2013 mit den USA verhandelt. Laut politisch Verantwortlicher sollen damit Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen werden - und zwar vor allem durch die Angleichung der jeweiligen Gesetze und Regeln beider Wirtschaftsregionen, dem Abbau von Handelshemmnissen und durch die Stärkung der Rechte von Investoren.

Strategiewechsel schließen. Der in "le monde diplomatique" benutzte Begriff einer Wirtschafts-Nato bringt diesen Strategiewechsel auf den Punkt. Käme es zu einem solchen EU-USA-Binnenmarkt, er würde fast die Hälfte des Weltmarkthandels und -sozialprodukts ausmachen und wäre geeignet, die wachsende wirtschaftliche Macht Chinas und anderer Schwellenstaaten einzudämmen. Hier liegen wohl auch die Hauptgründe für die politische Energie, mit der dieses Abkommen forciert wird (und mit dem CETA-Abkommen kommt zusätzlich ein Land wie Kanada hinzu). Denn die Wachstumsprognosen von 0,1 bis 0,3% (und dann auch noch verteilt auf fast 10 Jahre) dürften da eher eine nebensächliche Zielvorgabe bilden - scheint aber nützlich zu sein, um das Projekt bei uns zu vermarkten.

Für den Arbeitskreis Madagaskar bildet TTIP einen Gegenstand dar, der uns in unserer entwicklungs-politischen Partnerschaftsarbeit in hohem Maße betrifft und herausfordert.

Globale Strukturen für mehr Gerechtigkeit aufbauen

Auf UN-Ebene haben sich zahlreiche Organisationen gebildet, die sich in Einzel- und Sachfragen der internationalen Entwicklung widmen. Die WTO hat dabei aus Sicht zivilgesellschaftlicher Akteure der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit sicherlich nicht den besten Ruf, gilt sie doch als intransparent und von den Industrieländern dominiert. Die Ereignisse in Cancun und Hongkong haben aber gezeigt, dass die Entwicklungsländer dort in Genf ein Forum haben, ihre Interessen und Forderungen gegenüber den Ländern des Nordens und der Weltöffentlichkeit vorzutragen. Hier gilt immer noch die Regel: Ein Land, eine Stimme! Bei der Weltbank und dem IWF* ist dies von vorneherein ausgeschlossen.

Angesichts des drohenden Klimawandels, der Ausschöpfung der Ressourcen, zunehmender Bürgerkriege, wachsendem Hunger und mangelnder Ernährungssouveränität der Völker und angesichts einer sich zuspitzenden weltweiten Umverteilung zwischen arm und reich und einer ausufernden Kapitalwirtschaft fordert der AK-Madagaskar von der EU und den Mitgliedsstaaten, insbesondere von der Bundesregierung, einen verstärkten Einsatz und eine Verantwortung dafür, dieses multilaterale System innerhalb der UN auszubauen und zu stärken – statt es handelspolitischen Interessen und geopolitischen Machtkämpfen zu opfern.

Wirtschaftsverbände und Investoren fordern Schiedsgerichte und den Ausbau von Instrumenten, um ihre Investitionen zu schützen. Vonnöten wäre aber - dies nur als Beispiel - eine Stärkung der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO, um ihr Mittel in die Hand zu geben, die Kernarbeitsnormen der ILO, die Sozialstandards, Arbeitsschutz und die arbeitsrechtlichen Grundlagen bestimmen, durchsetzen zu können. Diese Normen sichern den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. Weltweit bestehen jedoch gravierende Unterschiede der Länder zwischen diesen Sozialstandards. Die USA - als ein Bei-

spiel - haben lediglich zwei der acht grundlegenden Normen ratifiziert. Entwicklungsländer können überhaupt nur wettbewerbsfähig sein, wenn sie auf soziale und ökologische Standards verzichten. TTIP nun initiiert einen Wettbewerb um diese Standards, wenn nämlich Märkte geöffnet werden und Investoren das Recht erhalten, gegen für sie ungünstige - sprich: Gewinne schmälernde - Standards klagen zu können. Auch Regierungen werden untereinander im eigenen Wettbewerb um Investoren diesem Druck z.B. auf Senkung der Lohnkosten, sozialer und ökologischer Standards, ausgesetzt. Warum also wird nicht eine ähnlich hohe politische Energie darauf verwandt, der ILO solche Instrumente zur Verfügung zu stellen?

TTIP, CETA und TISA als Diktat

Da die Tür zum unbegrenzten Freihandel über die WTO nun versperrt scheint, bleibt die Befürchtung im Raum stehen, dass die USA und die EU nun über das TTIP ihre eigenen Interessen gegenüber den Entwicklungsländern (Öffnung der Märkte, Zugang zu Bodenschätzen, Schutz der Investitionen etc.)

Das Trade in Services Agreement (TISA) ist ein Abkommen zwischen der USA und der EU, das seit 2012 verhandelt wird. In diesem Abkommen geht es um die Liberalisierung des Dienstleistungssektors (Gesundheits-, Wasser- und Energieversorgung, Bildung und der Finanzsektor).

durchsetzen werden. Für den AK-Madagaskar besteht die Sorge, dass einzelne Entwicklungsländer, die Zugänge zum nun größten Binnenmarkt der Welt suchen, unter Druck gesetzt werden könnten, einem anderen bisher wenig bekannten Abkommen beizutreten: TISA.

Der Gegenstand Dienstleistungen gehört zur Liste der benannten Singapur-Themen. In Erinnerung bleibt uns noch der Wasserkrieg in Bolivien, wo es zivilgesellschaftliche Gruppen waren, die der Privatisierung der Wasserversorgung widerstanden, als es zu

Enteignungen der dörflichen Wasserversorgung und zu 300%igen Preissteigerungen von Wasser kam. Innerhalb der WTO gibt es zwar bereits ein allgemeines Abkommen über Dienstleistungen. Die Initiatoren des TISA, die sich selbst „Really Good Friends of Services“ (Wirklich gute Dienstleistungsfreunde“) nennen, können über Verhandlungen weitere Länder in das Abkommen integrieren, schaffen aber eine Struktur neben der WTO mit Regelungen, die weit über das bestehende WTO-Abkommen über Dienstleistungen hinaus gehen.

TTIP greift auch den Bereich des „geistigen Eigentums“ auf. In den letzten Jahren haben einzelne Entwicklungsländer sich durchsetzen können und preisgünstige Medikamente für ihre eigene Bevölkerung produziert. TTIP bietet den Pharmakonzernen, die gegen diese Praxis protestiert haben, einen Rahmen, gegen diese Entwicklungsländer vorgehen zu können. Andererseits regeln bisherige Abkommen der WTO bereits, dass Lebensmittelkonzerne Patente auf Saatgut aus Entwicklungsländern erhalten und somit die wirtschaftliche Verwertung der Lebensmittel in eigener Hand haben.

Handel und Wohlstand?

Das von der Bertelsmann-Stiftung beauftragte ifo-Institut belegt sehr klar und unmissverständlich: Verlierer - und das ist gewollt - sind die Entwicklungsländer. Für Madagaskar errechnet das Institut einen Rückgang der Einkommen von 4,4%, weil dem Land mit seinen Produkten der Zugang zum Wirtschaftstraum TTIP zusätzlich erschwert wird. Zitat aus dem Gutachten: "Es trifft also gerade die ärmeren Länder, und diese teilweise in deutlichem Ausmaß."

Der Abbau von Zöllen führt – da reicht ein Blick in die eigene deutsche Geschichte – zur Verstärkung des Handels. Einerseits wird es für Entwicklungsländer aber schwerer werden, ihre Produkte wie Textilien oder Lebensmittel auf diesen großen zollfreien Binnenmarkt zu werfen, der sie nun vermehrt selber produzieren wird. Andererseits stellen Zölle ein bedeutendes Einnahmemittel für Ent-

wicklungsländer dar, z.B. bei Rohstoffen, weil diese Länder andere Produkte, wie z.B. Lebensmittel, wegen der Subventionspolitik der Industrieländer gar nicht mehr zu den Konditionen des Weltmarktes herstellen und verkaufen können. Dieses Dilemma der Entwicklungsländer wird sich verschärfen.

Resümee

TTIP wird den weltgrößten Binnenmarkt schaffen und der USA und der EU die nötige Macht verleihen, ihre wirtschaftspolitischen Interessen auch gegenüber anderen Ländern durchzusetzen. Die Intransparenz der Vertragsgestaltung lässt auf diese Befürchtung schließen.

NROs und Akteure der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit orientieren sich an Vorstellungen eines gerechten und fairen Handels und sehen im Ausbau der Rechte der Entwicklungsländer einen wesentlichen Beitrag zur Gemeinwohlorientierung und der Wahrung der Menschenrechte in einer globalen Gesellschaft.

Jegliches wirtschaftliches Handeln, national und global, muss diesem Gemeinwohl entsprechen. Unverzichtbar bei der Beschreibung, was das Gemeinwohl ausmacht, ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft. Sie ist es, die die Antworten auf die Frage gibt nach dem, was ein gutes Leben für alle Menschen ausmacht und was von öffentlichem Interesse ist. Es ist Aufgabe der Politik und ihre Verantwortung, diese Antworten in Normen/Gesetze zu fassen und durchzusetzen. Auch wirtschaftliches Handeln muss sich an diesen Normen orientieren. Mehr Markt und weniger Staat – das ist der falsche Weg in die Zukunft! Als entwicklungspolitischer Akteur beteiligt sich auch der AK-Madagaskar mit seinen Freundinnen und Freunden in Madagaskar an der Frage, was eine am Gemeinwohl orientierte Gesellschaft ausmacht. Wir fordern darum die Veröffentlichung der Verhandlungsdokumente und die Beteiligung der Zivilgesellschaft.

Vorrangig bei dieser Fragestellung ist auch die Sicht auf die Armen und Benachteiligten in einer (Welt)-gesellschaft. Wir schließen uns abschließend einem Einwand an, den Bischof

Reinhard Marx im Focus (21/2014) machte: "Aus der Sicht der Katholischen Soziallehre frage ich deshalb: Hält das geplante Abkommen dem Anspruch stand, dem Gemeinwohl, ja dem Weltgemeinwohl zu dienen? Wer profitiert davon? In erster Linie sind das die Vertragspartner, also die EU und die USA. Ökonomen rechnen ja bereits im Detail vor, wie groß die Wohlfahrtsgewinne für unsere Länder sein werden. Aber der Blick auf das Weltgemeinwohl und die Verantwortung der reichen Staaten wirft die Frage auf, ob mit dem transatlantischen Freihandel auch Gewinne für Dritte, besonders für die armen Länder, einhergehen. Schotten sich mit dem Abkommen nur die reichen Nationen ab und bescheren sich noch größere Vorteile zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer? Oder gelingt es, mit dem Freihandel auch Vorteile für die Schwächsten in der Welt zu schaffen."

„Die Industrie wird sich jedem Abkommen widersetzen, in dem der Investitionsschutz gegenüber öffentlichen Interessen, einschließlich der Arbeits- und Menschenrechte, das Nachsehen hat.“

(Pascal Kerneis, 2013,
European Services Forum)

Aachen, den 07.10.14

ViSdP: AK-Madagaskar der KAB Diözese Aachen, c/o Andris Gulbins,
Martinstraße 6, 52062 Aachen
<http://mtc-madagaskar.de>

